



Schurers Nachrichten

29. April 2016



**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Interessierte,**

in meinem aktuellen Newsletter stehen die Themen

- Integrationsgesetz,
- Panama-Papiere,
- Fall-Böhmermann,
- Besuchergruppen aus dem Wahlkreis und
- Gesetz gegen Korruption im Gesundheitswesen
- Rente

im Mittelpunkt. Dazu gibt es noch ein kurzes Update zum Bundesverkehrswegeplan.

Ein Integrationsgesetz für Deutschland



Dieter Schütz / pixelio.de

Die Spitzen der Regierungskoalition haben sich Mitte des Monats auf Maßnahmen in der Integrationspolitik und der inneren Sicherheit verständigt. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wird Integration verbindlich in einem Gesetz geregelt. Das ist ein historischer Schritt. Deutlich früher sollen Schutzsuchende demnach Zugang zu Leistungen der Ausbildungsförderung erhalten. Es wird außerdem Rechtssicherheit für alle Betriebe geschaffen, die ausbilden und für alle Flüchtlinge, die eine Ausbildung anstreben. Der Aufenthalt ist für die ganze Dauer der Ausbildung gesichert, und nach erfolgreicher Ausbildung schließt sich ein zweijähriges Aufenthaltsrechts zur Beschäftigung an („3+2“-Regelung). Die Altersgrenze für den Beginn einer Ausbildung entfällt. Die Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit wird für drei Jahre in Gebieten mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Um für anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte einen zusätzlichen Integrationsanreiz zu schaffen, wird eine Dauer-aufenthalts-erlaubnis nur erteilt, wenn Integrationsleistungen erbracht worden sind. Dieses Integrationsgesetz ist ein echter Fortschritt. Es enthält Anreize, die eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern. Zugleich werde von Zuwanderern mit Bleibeperspektive erwartet, dass sie durch den Erwerb der Sprache und die Kenntnis unserer Werte einen eigenen Beitrag leisten.

Panama-Papiere

Die „Panama-Papiere“ geben einen tiefen Einblick in die globale Schattenwirtschaft mit Briefkastenfirmen. Briefkastenfirmen dienen zur Verschleierung der tatsächlichen Eigentümer und der Herkunft ihrer Vermögen. Unter den nun bekannt gewordenen Eigentümer der Briefkastenfirmen sind

offenbar auch tausende Deutsche, prominent und nicht-prominent. Durch kriminelle Steuerhinterziehung gehen dem deutschen Staat jährlich etwa 50 bis 60 Milliarden Euro verloren, wie die Steuerwerkschaft schätzt. Die SPD-Bundestagsfraktion ver-



Bernd Kasper / pixelio.de

sucht seit zwei Jahren einen Gesetzentwurf mit dem Koalitionspartner zu vereinbaren, in dem auch die Helfer (beispielsweise Banken) von Steuerhinterziehern belangt würden – bislang leider vergeblich. Die Internationalisierung der Finanzmärkte und der freie unregulierte Kapitalverkehr haben Steuerumgehung und Steuerflucht, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erleichtert. Die nationalen Aufsichts- und Steuersysteme haben mit dieser wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten können. Deshalb ist die internationale Staatengemeinschaft, aber auch wir erneut gefordert, rasch und konsequent zu handeln.

Der Fall Böhmermann



Martin Moritz / pixelio.de

Der Fall Böhmermann hat deutlich gemacht, dass der Paragraph 103 Strafgesetzbuch (Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten) nicht mehr zeitgemäß ist und deshalb abgeschafft gehört. Das hat auch die Kanzlerin erkannt. Trotzdem gab sie grünes Licht für die Strafverfolgung von Jan Böhmermann

nach Paragraph 103. Das ist inkonsequent und ein falsches Signal für die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Freiheit der Kunst. Aus diesem Grund haben die beteiligten Bundesminister der SPD gegen die Entscheidung der Kanzlerin gestimmt. Zudem bereitet die SPD-Bundestagsfraktion derzeit die Abschaffung dieses und weiterer unzeitgemäßer Artikel aus dem Strafgesetzbuch vor. Wenn alles klappt, könnte der Bundestag dies noch vor der Sommerpause beschließen.

Update Bundesverkehrswegeplan 2030

Obwohl der achtspurige Ausbau der A 9 zwischen Neufahrn und Holledau nur im „weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans enthalten ist, hat mir Bundesverkehrsminister Alexander Dobrind in einem persönlichen Gespräch zugesichert, dass ein verbesserter Lärmschutz in diesem Bereich vorgezogen realisiert werden soll. Derzeit bin ich noch mit dem Minister im Gespräch, um eine schriftliche Bestätigung dieser Aussage und einen Zeitplan zu erhalten. Weitere Infos folgen.

Die Weiterentwicklung des Strom- und Wärmemarktes

3. Mai 2016, 19 Uhr, Gasthof „Neuwirt“,
Münchner Straße 4, 85604 Zorneding

Zusammen mit Florian Porst (MdB, Energiepolitischer Sprecher der SPD-Landesgruppe Bayern), Thomas Zeller (Geschäftsführer WBT GmbH), Sepp Mittermeier (Gemeinde Vaterstetten) und Hans Gröbmayr (Klimaschutzbeauftragter Landkreis Ebersberg) spreche ich über die Energiewende und damit zusammenhängende Bürgerbeteiligungsverfahren.

Von Oberbayern nach Berlin



Zum zweiten Mal in diesem Jahr hatte ich in der vergangenen Woche 50 politisch Interessierte aus meinem Wahlkreis Erding-Ebersberg zu einer viertägigen Informationsfahrt nach Berlin eingeladen.

Die Teilnehmer kamen aus verschiedensten Vereinen und Organisationen, dabei waren auch Mitglieder aus den SPD-Ortsvereinen sowie zahlreiche Ehrenamtler. In diesem Sinne ist die Fahrt nach Berlin auch ein Dankeschön an alle ehrenamtlich Tätigen. Bei meinem Gespräch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern habe ich über die Arbeit als Abgeordneter, die parlamentarischen Abläufe und natürlich auch über den aktuellen Bundesverkehrswegeplan gesprochen. Es ist immer wieder schön, bekannte Gesichter in Berlin begrüßen zu dürfen.

Korruption im Gesundheitswesen

Im Bundestag haben wir eine weitere Gesetzeslücke geschlossen, so dass Korruption im Gesundheitswesen erfolgreich bekämpft werden kann.

Durch das Gesetz wird das Vertrauen der

Patientinnen und Patienten in die Ärzte gestärkt, indem eine Einflussnahme der Pharmakonzerne auf die Ärzte bei Verschreibung von Medikamenten verboten wird. Der Gesetzentwurf von Justizminister Heiko Maas sieht vor, dass Korruption im

BUNDESTAGSBESCHLUSS (Drs. 18/6446)

Korruption im Gesundheitswesen wird eindeutig strafbar

...denn Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass sie die beste Gesundheitsversorgung erhalten – und nicht die, die für den jeweiligen Arzt am profitabelsten ist.

>> www.spdfraktion.de/korruption-gesundheitswesen-strafbar



Gesundheitswesen zukünftig als Officialdelikt behandelt wird. Das bedeutet, dass die Staatsanwaltschaft bei einem Anfangsverdacht jeder Art zwingend Ermittlungen einleiten muss. Auf Basis eines Gesetzesentwurfes von Heiko Maas haben sich die Koalitionsfraktionen nun auf ein Gesetz geeinigt. Strafbar macht sich zukünftig ein Arzt, der nicht das für den Patienten angemessene Medikament, sondern das Arzneimittel verschreibt, für das er von einer Pharmafirma Bestechungsgelder erhalten hat. Ein Apotheker macht sich strafbar, wenn er Geld dafür zuwendet, dass Ärzte ihm Patienten schicken. Die durch Korruption verursachten Schäden im Gesundheitswesen werden auf jährlich zehn Milliarden Euro geschätzt.

Im Gespräch mit der AOK-Bayern

Zusammen mit meinem SPD-Kollegen und Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses Dr. Edgar Franke habe ich am 28. April 20 junge AOK-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Bayern in Berlin begrüßt. Im Mittelpunkt des Gespräches standen die Arzneimittelversorgung und die Arzneimittelpreise und natürlich auch das neue Gesetz zur Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen.



Neues Rentenpaket

Jetzt, wo die größte Rentenerhöhung seit der Wiedervereinigung ansteht, gibt es eine aufgeregte Debatte zur Zukunft der Rente und zum Thema Altersarmut. Seehofers Vorschlag, die Riester-Rente "abzuwickeln" hat viel Verunsicherung ausgelöst. Unsere Ministerin Andrea Nahles wird bis Herbst ein Konzept vorlegen. Die Riester-Rente (16 Millionen Verträge) erhält Bestandsschutz. Die Betriebsrenten (derzeit 18 Millionen Ansprüche) sollen eine spezielle Förderung erhalten, um sie künftig auch ArbeitnehmerInnen in kleinen und mittleren Betrieben zu ermöglichen. Die Gesetzliche Rente wird eine Stabilisierung erhalten. Klar ist auch, dass wir ein wirksames Instrument gegen Altersarmut brauchen. Ich persönlich spreche mich für ein dauerhaftes Rentenleistungsniveau von mindestens 50% aus. Ich stehe in engem Kontakt zum Bundesarbeitsministerium, das derzeit an Finanzierungskonzepten für die Sicherung der Rente arbeitet, und werde euch bald ausführlicher dazu berichten.

Herzlich

Ausgewählte Veranstaltungen bis Ende Mai:

- 01. Mai **DGB-Kundgebung**
10:30 Uhr, Am Paradeplatz, Ingolstadt
- 03. Mai **Energieforum**
19—21 Uhr, Gasthof „Neuwirt“, Zorneding
- 25. Mai **Bürgersprechstunde Ebersberg**
Wahlkreisbüro Ebersberg
- 29. Mai **Frühshoppen mit dem SPD-OV Moosburg**
10:30—12:30 Uhr, genauer Ort folgt

Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227 74271

Bürgerbüro Erding

Hofmarkplatz 4
85435 Erding
Tel.: 08122 1875487

Bürgerbüro Ebersberg

Heinrich-Vogel-Str. 25
85560 Ebersberg
Tel.: 08092 8579952

Bürgerbüro Ingolstadt

Unterer Graben 87
85049 Ingolstadt
Tel.: 0841 98146777